

Vereinfachter Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach ÖPNV-Kooperationsrichtlinie

(gem. Ziffer 7.1.3 der ÖPNV-Kooperationsrichtlinie bis zum 31. März des laufenden Jahres zu stellen)

Anschrift des von der Kooperation beauftragten Antragstellers:
Auskunft erteilt:
Telefon: / Fax:
E-Mail:
<u>Bankverbindung</u>
Kreditinstitut:
BLZ:
Konto-Nr.:

Wir beantragen für das Jahr eine Zuwendung im Rahmen der ÖPNV-Kooperationsrichtlinie in Höhe von EUR.

1. Vorhaben (ggf. separates Blatt benutzen)

Beschreibung des Vorhabens:
Durchführungszeitraum (von – bis):
<input checked="" type="checkbox"/> Es handelt sich um eine funktionsfähige Teilmaßnahme einer längerfristig oder auf Dauer angelegten und vormalig geförderten Maßnahme.
Antragsdatum des Erstantrages:
letzter Zuwendungsbescheid Nr. vom:

2. Finanzierungsplan

voraussichtliche Gesamtausgaben für das Vorhaben:	EUR
davon voraussichtlich zuwendungsfähig:	EUR
Bedarf an Fördermitteln: zu Grunde gelegter Fördersatz: %	EUR
Eigenmittel:	EUR
Beiträge Dritter:	EUR
geplante Einnahmen aus dem Vorhaben:	EUR

3. Sonstige Angaben (ggf. separates Blatt benutzen)

Angaben zu Änderungen / Erweiterungen des Vorhabens:

Angaben, ob weitere Zuwendungen bei anderen Stellen beantragt wurden oder zur Verfügung gestellt werden (wenn ja, bitte erläutern)

nein

ja,

Angaben über evtl. veränderte Verpflichtungen und Ausgaben zu Lasten künftiger Jahre (auch Aussagen zur Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller):

4. Sonstige Erklärungen

Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bestandskraft des Zuwendungsbescheides begonnen.

Die Antragsteller beantragen die Zustimmung zum vorfristigen Vorhabensbeginn (**bei Vorhaben nach Ziff. 2.2.1, letzter Anstrich spätestens Mitte Dezember des Vorjahres beantragen!**).

Die Antragsteller sind bezüglich der Maßnahme

nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt

zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden (Preise ohne Umsatzsteuer)

Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

Uns ist bekannt, dass sich bei längerfristigen oder auf Dauer angelegten Maßnahmen kein Rechtsanspruch auf Fördermittel in den Folgejahren ergibt.

Uns ist bekannt, dass wir uns wegen unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben über subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch wegen Subventionsbetrugs strafbar machen können. Subventionserheblich i. S. von § 264 StGB sind solche Tatsachen, die nach dem Subventionszweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Subventionsvergabe sowie den sonstigen Vergabevoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention erheblich sind. Ferner ist uns bekannt, dass wir verpflichtet sind, der Bewilligungsstelle alle Tatsachen, die der Bewilligung der Zuwendung entgegenstehen, unverzüglich mitzuteilen haben. Die Inhalte des § 264 Strafgesetzbuch sowie die §§ 3 – 5 des Subventionsgesetzes sind uns bekannt.

5. Anlagen

Dem Antrag sind gem. Ziffer 7.1.2 der ÖPNV-Kooperationsrichtlinie nachfolgende Unterlagen beigefügt:

- Angebot/e,
- rechtsaufsichtliche Würdigung, soweit die Antragsteller auch Aufgabenträger nach ThürÖPNVG sind,
- aktuelle Bescheinigung in Steuersachen, soweit Antragsteller keine juristische/n Personen/en des öffentlichen Rechts ist/sind,
-
-
-

Die Antragsteller versichern, dass Ihnen die Einhaltung des Zweckungs zwecks und der Rechtsvorschriften sowie die "Richtlinie zur Förderung der Kooperation im ÖPNV in Thüringen" bekannt sind.

Ort und Datum:

, den
, den
, den
, den
, den
, den

Stempel und Unterschriften der/s Antragsteller/s:

.....
.....
.....
.....
.....
.....